

17/1/5 - Bln
Sept. 1978

Ein Programm für Berlin

vorgelegt
von Peter Lorenz
1. Landesvorsitzender
der CDU

**Berlin
muß
gewinnen** **CDU**


Liebe Berliner!

Auf Vorschlag von Peter Lorenz hat mich meine Partei zu ihrem Kandidaten für das Amt des Regierenden Bürgermeisters von Berlin bestimmt. Gemeinsam mit Peter Lorenz will ich dazu beitragen, die schwierigen Aufgaben der Stadt zu lösen. Die Berliner CDU hat in den letzten Jahren mit ihren parlamentarischen Initiativen und sonstigen Veröffentlichungen ihr Konzept für eine Stärkung der Lebensfähigkeit der Stadt vorgelegt. Peter Lorenz hat sie zu einem Plan für unsere Stadtpolitik zusammengefaßt. Er bildet eine wesentliche Grundlage für das Regierungsprogramm eines von mir geleiteten Senats.

Richard von Weizsäcker

Ein Programm ist die Gesamtdarstellung der politischen Ziele einer Partei. Der Bürger hat einen Anspruch darauf, sich in dieser Hinsicht genau informieren zu können. Die Parteien, die um die Zustimmung und die Stimme des Wählers werben, sind zur Offenlegung ihrer Absichten und Ziele verpflichtet, die sie für den Bürger verwirklichen wollen.

Ein Programm oder eine Wahlplattform leiden aber regelmäßig darunter, daß Punkt für Punkt nebeneinander gesetzt werden. Alles scheint gleich wichtig, obwohl jeder weiß, daß die Verwirklichung von Programmen Geld kostet. Folglich müssen je nach der Finanzlage des Staates Schwerpunkte und Prioritäten gesetzt werden. Diesen Versuch wollen wir mit dieser Schrift machen. Wir möchten Ihnen aufzeigen, welche Ziele und welche Maßnahmen unsere Partei und ich für Berlin für wesentlich halten. Bewußt wollen wir uns auf die Teilbereiche der Politik konzentrieren, die unseres Erachtens Vorrang genießen müssen. Wir müssen vieles anders und besser machen, als es bisher geschehen ist. Denn: Berlin muß gewinnen.

Das ist Berlin heute

Das derzeitige Schicksal Berlins wird besonders bestimmt durch seine geographische und politische Lage. Die Kommunisten halten an ihrem Ziel fest, die Stadt zu isolieren und gewachsene Bindungen an die freie Welt zu lösen, um Berlin endgültig unter ihren Einfluß zu bringen. Das Viermächteabkommen hat technische und menschliche Erleichterungen gebracht, die nicht gering veranschlagt werden sollen. Der Grundwiderspruch zwischen Ost und West aber ist geblieben. Berlin ist weiterhin im Streit und muß sich nach wie vor der Herausforderung der Geschichte stellen. Dabei halten wir an der Auffassung fest, daß Berlin Teil des freien Deutschlands ist und nach dem Willen der Berliner auch künftig bleiben muß. Berlin hat eine Fülle ungelöster Probleme. Eine hohe Überalterung, geringe Geburtenzahlen und starke

Wanderungsverluste gerade bei den jüngeren Arbeitnehmern haben schon jetzt die Bevölkerung trotz der fast 200 000 Ausländer auf weniger als zwei Millionen schrumpfen lassen. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung hat beim Anhalten dieser Entwicklung ein weiteres Absinken bis 1990 auf höchstens 1,7 Millionen Einwohner vorausgesagt.

Dieser Entwicklung mit allen Mitteln entgegenzuwirken, muß Aufgabe einer verantwortungsbewußten Berlin-Politik sein. Der jetzt amtierende Senat aber stellt sich in seiner Planung einfach auf die Prognosen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung ein, ohne in dem unbedingt erforderlichen Maße entgegenzusteuern.

Fast alle industriellen Großbetriebe, die früher in Berlin ansässig waren, haben inzwischen ihre Hauptverwaltungen und ihre Forschungs- und Entwicklungsabteilungen nach Westdeutschland verlagert. Der damit verbundene Abbau besonders qualifizierter Arbeitsplätze ist nicht ohne Auswirkung auf die Bevölkerungsstruktur und damit auf das geistige und kulturelle Leben der Stadt geblieben. Die vom Senat stets herausgestellte hohe Produktivität der industriellen Arbeitsplätze in Berlin wurde erreicht durch eine fortschreitende Rationalisierung und einen damit verbundenen Verlust von Arbeitsplätzen. Allein in der Zeit von 1970 bis 1978 ging die Zahl der industriell Beschäftigten von 260 657 auf 173 977 und damit um rund ein Drittel zurück.

Neue industrielle Arbeitsplätze sind in erster Linie von Erweiterungs-Investitionen zu erwarten. Gerade bei den Investitionen aber hängt Berlin weit hinter dem übrigen Bundesgebiet zurück. Im Jahre 1976 stieg die Investitionstätigkeit im übrigen Bundesgebiet um 7 % an, in Berlin ging sie dagegen um 6 % zurück. 1977 und 1978 veränderte sich dieser Trend nicht entscheidend zugunsten Berlins. Die richtigen Investitionen von heute aber sind die Arbeitsplätze von morgen.

Trotz gestiegener Arbeitslosigkeit besteht in Berlin in verschiedenen Bereichen ein ausgesprochener Mangel an Facharbeitskräften. Eine entsprechende Zuwanderung ist jedoch nur dann zu erwarten, wenn Berlin sich als attraktive Stadt darstellt und insbesondere auch ein entsprechendes Wohnungsangebot zur Verfügung stellt. Das ist aber nicht der Fall. Es fehlt insbesondere an angemessenen Wohnungen für Familien mit Kindern und für mittlere Führungskräfte.

Eine wesentliche Voraussetzung für die industrielle Neuansiedlung ist die Sicherheit der Energieversorgung. Durch verspätete und auch fehlerhafte Planung im Energiebereich ist zurzeit ungewiß, ob Berlin bei gewünschtem Wirtschaftswachstum in den achtziger Jahren den dann voraussichtlich entstehenden Energiebedarf decken kann. Diese Ungewißheit aber hat negative Auswirkungen auf die Investitionsbereitschaft von Unternehmen in Berlin.

Die verkehrsmäßige Anbindung Berlins an die freie Welt ist unzureichend. Das gilt gleichermaßen für die Verbindung auf der Straße, der Schiene und dem Wasser. Die Pläne für eine volle Einbeziehung Berlins in den internationalen Linienluftverkehr sind bis jetzt am Widerstand der kommunistischen Staaten gescheitert. Auch die Verbindungen in das übrige Bundesgebiet reichen – insbesondere nach der Aufteilung der Strecken auf jeweils nur eine der alliierten Fluggesellschaften – nicht aus. Große Kongresse in dem bald fertiggestellten Kongreßzentrum werden hier weitere Probleme schaffen.

Dies ist nüchterne Bestandsaufnahme. Auch sie ist nicht vollständig. Weniger beeinflussbar und doch praktisch alles entscheidend ist der Geist, der in einer Stadt wirkt. Berlin war einmal deutsche Hauptstadt. Und Berlin muß eine Stadt der nationalen Hoffnung bleiben. Keine realistische Überlegung geht an der Erkenntnis vorbei, daß Berlin die Kraft für die Bewältigung seiner besonderen, schicksalhaften Lage letztlich nur aus dem Bewußtsein herleiten kann, daß Berlin die deutsche Frage offenhält. Berlin bindet die

drei Hauptmächte der westlichen Welt an das ganze Deutschland. Berlin sorgt dafür, daß in der Bundesrepublik Deutschland der Wille zur Freiheit für alle Deutschen und zur Einheit unseres Landes erhalten bleibt. Ziel ist und bleibt die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit.

Weil das so ist und weil wir diese Konstellation nutzen wollen, kann Berlin nicht bescheiden sein, dürfen wir unsere Position nicht zu niedrig einordnen. Politik in und um Berlin, auch kommunale Politik, ist stets zugleich nationale Politik. Die Berliner CDU wird danach handeln.

Politik für Berlin

Eine Politik für Berlin muß sich nach unserer Überzeugung darum bemühen, daß unsere Stadt nicht allein Objekt der Weltpolitik und der Auseinandersetzungen zwischen Ost und West bleibt. Von Berlin müssen Impulse ausgehen, die die eigene Zukunft mitbestimmen und Einfluß haben auf die Richtung, in die sich die schnell wandelnde Welt entwickelt.

Darum soll unsere Stadt ein Ort der Freiheit sein. Freiheit ist der Lebensraum zur Entfaltung der Persönlichkeit, ist Anspruch und Verpflichtung eines jeden. Sie findet ihre Grenzen in der Freiheit der anderen. Deshalb muß Freiheit vor Willkür und Zügellosigkeit geschützt werden.

Die Sicherung der Freiheit des Schwachen bedarf der Ordnung, die durch einen starken Staat zu gewährleisten ist. Die Menschen wollen nicht nur frei, sie wollen auch sicher sein. Beide Bestrebungen gilt es in ein ausgewogenes Verhältnis zu bringen.

Wir wollen Gleichheit, wo sie mehr Gerechtigkeit gewährleistet. Gleichheit darf aber nicht die Freiheit bedrohen und zu verödender Gleichförmigkeit führen. Gerechtigkeit der Chancen berücksichtigt dagegen die Verschiedenartigkeit der Wünsche, Voraussetzun-

gen und Veranlagungen des einzelnen sowie die Unterschiedlichkeit der erbrachten Leistungen.

Die Verantwortung des einzelnen für das Gesamte ist die Grundlage der Solidarität der Gemeinschaft mit dem einzelnen.

Steigender Wohlstand hat die Ansprüche an Leistungen der Gesellschaft und des Staates erhöht. Wir wollen, daß erweiterte Freizeit zur Bürgerteilnahme an den öffentlichen Aufgaben und zur Ausdehnung freiwilliger Bürgerdienste genutzt wird. So kann eine Steigerung sinnvoll ausgefüllter Freizeit zur Minderung staatlichen Personal- und Finanzaufwandes führen.

Freiwillige Dienste sind denkbar u. a. zur Sozialpflege und zum Schutz der inneren Sicherheit. Wir wollen, daß eine Moral der Worte und Formeln ersetzt wird durch eine Moral des Handelns und des Beispielgebens. Wir wollen ein „Sozialprestige“, das sich nicht am „mehr Haben“, sondern am „mehr Helfen“ und „mehr Dienen“ mißt.

Wir stehen zu der Geschichte unseres Volkes und unserer Stadt. Die in der Vergangenheit im Namen Deutschlands geschlagenen Wunden wollen wir heilen. Die Teilung unseres Landes und unserer Stadt stellt uns die nationale Aufgabe, den Frieden sicherer zu machen und auch den Deutschen die Selbstbestimmung zu ermöglichen. Die Einbettung in die Gemeinschaft eines geeinigten Europas wird die Zusammenfügung der getrennten Teile unseres Vaterlandes und unserer Heimatstadt erleichtern.

Auch darum ist Berlin ein Vorposten Europas.

Berlin ist auch zum Geben berufen. Wer wie wir Freunde braucht, der muß bereit sein, selbst Freund zu sein und mitmenschliche Hilfe für andere zu leisten. Darum müssen wir uns mit an die Spitze stellen im Kampf gegen Armut und Hunger, im Bemühen um Verständigung und Ausgleich zwischen Ost und West und Nord und Süd. In Hinwendung auf dieses Ziel müssen wir bei der äußeren Eingeschlossen-

heit unserer Stadt diesen Versuch des geistigen und politischen Aufbruchs unternehmen.

Wir verteidigen unseren freiheitlich demokratischen Rechtsstaat, den wir nach einer historischen Katastrophe gemeinsam aufgebaut haben. Versuchen, die Grundsätze unserer Verfassung mit Heimtücke oder mit Gewalt zu beseitigen, werden wir mit politischen und allen rechtlich zulässigen Mitteln vorbeugen und begegnen. Wir geben uns mit dem Erreichten nicht zufrieden. Mängel, Erstarrungen und Fehlentwicklungen werden wir mit den Gestaltungsmitteln der Demokratie beseitigen.

Die Berliner CDU ist eine Partei im Stile unserer Stadt:

- liberal und weltoffen,
- freiheitlich und sozial und
- entschlossen, diese Grundsätze auch zu verteidigen.

Anspruch auf Freiheit heißt nicht nur Gewährung von Freiheit. Der Anspruch verlangt auch die Sicherung der Freiheit. Ein Staat, der alles geschehen läßt, führt zur Selbsterstörung der Demokratie. Die Berliner CDU ist entschlossen,

- die Menschenrechte,
- die Bürgerrechte und
- die individuellen Rechte und Freiheiten zu wahren und zu schützen.

Wir werden aber nicht tatenlos zusehen, wenn einzelne oder Gruppen versuchen, unseren Staat durch Mißbrauch seiner rechtsstaatlichen Mittel auszuhöhlen und zu zerstören. Wir haben aus den Erfahrungen von Weimar gelernt.

Stärkung der Wirtschaftskraft

Die langfristige Stärkung der Wirtschaftskraft der Stadt ist eine Voraussetzung für die Existenzsicherung

Berlins und die Stabilisierung der Bevölkerungszahl. Ziel unserer Wirtschaftspolitik ist zunächst die Beseitigung der Arbeitslosigkeit. Es müssen alle marktwirtschaftlichen Hebel angesetzt werden, um vorhandene Arbeitsplätze zu sichern und neue Arbeitsplätze in unserer Stadt zu schaffen. Die dringend benötigten Fachkräfte müssen durch umfassende Umschulungsangebote und auch Ausbildungslehrgänge für ungelernte Arbeitskräfte gewonnen werden. Es müssen die Anstrengungen entscheidend verstärkt werden, um Fachkräfte für Berlin anzuwerben.

Dazu ist es notwendig, die Konkurrenzfähigkeit der Berliner Wirtschaft zu stärken, die mittelständischen Unternehmen besonders zu fördern und zukunftsorientierte Einrichtungen in unserer Stadt aufzubauen. Die Berliner Wirtschaft muß dabei von eigener Dynamik getragen werden. Berlin darf nicht als unbequemer Kostgänger oder Bittsteller im Bewußtsein westdeutscher Unternehmer erscheinen. Die Stadt muß zuerst aus eigener Kraft beweisen, daß es sich lohnt, in und für Berlin zu investieren. Der Ruf nach der Hilfe des Bundes darf erst dann laut werden, wenn die in Berlin möglichen Maßnahmen die wirtschaftliche Zukunft der Stadt nicht garantieren können.

Ein Planungsstab beim Bundeskanzleramt sollte die Entwicklung der Stadt sorgfältig beobachten und alle Überlegungen der öffentlichen Verwaltung und der deutschen Wirtschaft im Rahmen einer langfristigen Perspektivplanung koordinieren.

Folgende Maßnahmen sehen wir als besonders dringlich an:

- Abbau einer hemmenden Bürokratie,
- gesicherte Energieversorgung,
- stärkere Investitionsanreize für in Berlin bereits ansässige Unternehmen,
- verbesserte Bedingungen für die Auftragsvergabe an Berliner Betriebe,
- steuerliche und sonstige Erleichterungen, insbesondere und gezielt für mittelständische Unternehmen,

- stärkere Anreize für die Neuansiedlung von Industriebetrieben und Unternehmensleitungen,
- die Gründung neuer Einrichtungen im Forschungs- und Entwicklungsbereich sowie im Dienstleistungssektor.

Konkret halten wir für vordringlich:

1. ein Energieprogramm;
2. ein Programm der Wirtschaftsförderung;
3. ein Förderungsprogramm für mittelständische Betriebe;
4. den Ausbau Berlins zu einem Forschungs-, Entwicklungs- und Dienstleistungszentrum und
5. ein Programm zur Errichtung neuer Einrichtungen in Berlin.

Die Maßnahmen möchte ich im Folgenden skizzieren. Einzelheiten sind in den entsprechenden Programmen meiner Partei dargestellt.

1. Das Energieprogramm sichert unsere Zukunft

Der gegenwärtig amtierende Senat hat zwar seinen Willen bekundet, ein weiteres Grundlastkraftwerk mit einer Kapazität von 600 Megawatt zu errichten. Das Projekt sei als notwendige Maßnahme an dieser Stelle nochmals ausdrücklich genannt. Gleichzeitig müssen zusätzlich die planungsrechtlichen Voraussetzungen für den Bau einer weiteren Grundlastkapazität von 600 Megawatt geschaffen werden. Es ist zur Zeit schwer, gesicherte Prognosen über die weitere Steigerung des Stromverbrauchs aufzustellen. Wer jedoch zu kleinkariert plant, wird sich eines Tages böse Fragen zu stellen haben. Versäumtes ist kaum wieder aufzuholen. Die Sicherung unseres Energiebedarfs ist kein Gegenstand redlicher oder unredlicher Emotionen, sondern der verantwortungsbewußten Daseinsvorsorge.

Wir werden uns stets für Verhandlungen mit der DDR und anderen interessierten Ostblockstaaten einsetzen, die eine Einbindung Berlins in einen Strom- und Erdgasverbund zwischen Ost und West oder in die übrige Bundesrepublik zum Ziel haben. Selbstverständlich wird nach erfolgreichen Verhandlungen die dann notwendige Kapazität unserer Berliner Kraftwerke zur Sicherung des Spitzenbedarfs neu ermittelt. Angestrebt werden muß der Verzicht auf den Neubau von Kraftwerken in unserer Stadt und der Abbau von Umweltbelastungen.

Die Verbraucher müssen außerdem darüber aufgeklärt werden, daß die sparsame Verwendung der vorhandenen Energie in ihrem eigenen Interesse liegt. (Z. B. Wärmerückgewinnungsanlagen, Wärmedämmung, Fernheizung).

2. Programm der Wirtschaftsförderung

Das Präferenzgefälle zugunsten Berlins hat sich in den letzten Jahren durch vergleichbare Förderungsprogramme in anderen Bundesländern schmerzlich verringert. Darauf hat bereits die Berlin-Kommission hingewiesen, die unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten im Juni 1978 eine wichtige Arbeit für Berlin abgeschlossen hat. Wie die Kommission aus den Vertretern der großen Parteien bin auch ich der Auffassung, daß der Vorsprung der steuerlichen Vergünstigungen zum Ausgleich der Standortnachteile Berlins aufrechterhalten bzw. wiederhergestellt werden muß.

Die Kommission hat ein Programm beschlossen, das als erster wichtiger Schritt einer Politik der langfristigen Lebenssicherung Berlins angesehen werden kann. Es muß ohne bürokratische Hemmnisse und parteiegoistische Querelen verwirklicht werden. Nach den konjunkturpolitischen Beschlüssen der

Bundesregierung und der aktuellen steuerpolitischen Diskussion werden zur Sicherung des von der Kommission gewünschten Präferenzvorsprungs Berlins weitere Maßnahmen notwendig sein.

Nach unserer Auffassung ist außerdem die Erhöhung der Steuerpräferenz für Arbeitnehmer, insbesondere der mittleren Einkommensgruppen, von besonderer Bedeutung. Von einer befristeten Steuerfreiheit für in Berlin erwirtschaftete und wieder investierte Gewinne sowie einer flexiblen Gestaltung der Mindestwertschöpfungsgrenze versprechen wir uns besondere Anreize.

Aus dem Bündel der Maßnahmen, die auf Landesebene einzuleiten sind, möchte ich hervorheben:

- Eine privatrechtlich organisierte Wagnisfinanzierungsgesellschaft ist zu gründen. Aufgabe dieser Gesellschaft soll die Beteiligung an oder Finanzierung von neuartigen Produktionen und Entwicklungen sein. Die Entwicklung von der Erfindung bis zur Serienreife soll erleichtert werden, auch wenn mangels sonst notwendiger Sicherheiten der übrige Kapitalmarkt zur Finanzierung verschlossen bleibt.
- Eine Grunderwerbsteuerfreiheit und auch eine mögliche Befreiung von Erschließungskosten soll die Ansiedlung und langfristige Bindung von Unternehmen an Berlin fördern und die Konkurrenzsituation zu westdeutschen Ansiedlungsgebieten verbessern.
- Zur Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Forschung soll eine Berliner Technologie-Börse gegründet werden.

Zwei wichtige Punkte, für die wir die Unterstützung der Bundesregierung erwarten, möchten wir nicht unerwähnt lassen:

- Unsere Einladungen an deutsche Wirtschaftsunternehmen, ihren Sitz wieder in Berlin zu nehmen, werden solange auf schwachen Füßen stehen, wie nicht einmal mehrheitlich im Bundesbesitz befind-

liche Unternehmen in den Fragen des Sitzes und der Produktionen in Berlin mit gutem Beispiel vorangehen. Das muß anders werden.

- Als Ausgleich für die hier aufgrund alliierter Bestimmungen fehlenden Aufträge des Bundesverteidigungsministerium werden wir auf zusätzliche Auftragsvergabe durch Bund und Länder an Berliner Unternehmen drängen.

3. Leistungssteigerung der mittelständischen Betriebe

Die CDU-Fraktion hat bereits ein Gesetz über die Förderung kleiner und mittlerer Betriebe und Unternehmen und der freien Berufe im Abgeordnetenhaus eingebracht. Mit diesem Gesetz will die CDU den Unternehmer von einem Bittsteller um Förderung zu einem Anspruchsberechtigten auf Förderung machen.

Es hat den Zweck, die Stellung und Funktionen des Mittelstandes für die Soziale Marktwirtschaft zu erhalten und zu stärken, die Arbeits- und Ausbildungsplätze zu sichern und zu vermehren und die Gründung von selbständigen Existenzen der mittelständischen Wirtschaft bzw. die Übernahme von Unternehmen zu erleichtern. Als Maßnahmen der Leistungssteigerung soll das Land über Selbsthilfeorganisationen Zuwendungen für die Durchführung anerkannter überbetrieblicher Lehrgänge, für die Einrichtungen der beruflichen Fortbildung sowie Unternehmensberatungen des Mittelstandes gewähren.

Die CDU wird dieses Gesetz wieder einbringen und verabschieden und damit eine Verbesserung der Kapitalversorgung durch Rückbürgschaften für Kreditgarantiegemeinschaften, durch Refinanzierungshilfen bei Kapitalbeteiligungen und durch andere Finanzierungshilfen erreichen.

Besondere Zuschüsse an kleine und mittlere Unternehmen sollen der Messebeteiligung und der Erschließung ausländischer Märkte dienen. Eine bevorzugte Berücksichtigung muß der Mittelstand bei der Vergabe öffentlicher Aufträge finden.

4. Der Ausbau Berlins zu einem Forschungs-, Entwicklungs- und Dienstleistungszentrum

Berlin hat nach 1945 nicht nur seine Hauptstadtfunktion, sondern auch seine bis dahin selbstverständliche Stellung als zentraler Standort für wissenschaftliche und für angewandte Forschung und Entwicklung verloren. Bei den großen Wirtschaftsunternehmen zogen die Forschungs- und Entwicklungsabteilungen in der Regel mit den Hauptverwaltungen aus Berlin ab, und auch die großen Forschungsgesellschaften und -institute verteilten sich gleichmäßig über das sonstige Bundesgebiet, nicht ohne Berlin einen Anteil zu belassen. An den Hochschulen bildeten sich ebenfalls andere Schwerpunkte, wobei in letzter Zeit hinzukam, daß nicht jedem qualifizierten Forscher eine Tätigkeit an einer Berliner Universität als besonders verlockend erschien.

Berlin bringt aber auch heute gute Voraussetzungen als Standort der Forschung und Entwicklung mit: Universitäten, Hochschulen und daneben eine Vielzahl von Lehr- und Forschungsstätten, Untersuchungsämtern und Instituten. Gerade die Zusammenarbeit aber zwischen Universitäten, anderen Forschungsstätten und den Forschungsabteilungen der Wirtschaft ist eine besondere zukunftssträchtige Aufgabe, für die sich Berlin geradezu anbietet. Bei einer zielstrebigem, phantasiereichen und konsequenten Politik läßt sich auf diesem Gebiet eine erweiterte Aufgabenstellung beträchtlichen Ausmaßes für Berlin gewinnen. Die bereits genannte Wagnisfinanzierungsgesellschaft und

die Anregung, eine Technologie-Börse zu gründen, sind auch in diesem Zusammenhang zu sehen.

Berlin kann auf dem Gebiet der Zusammenarbeit von Wirtschaft, Forschungsgesellschaften, Instituten und wissenschaftlicher Forschung an den Hochschulen eine Führungsrolle übernehmen. Dazu gehört auch der Ausbau der Stadt als Daten- und Informationszentrum.

Die Bundesregierung plant 16 Informationszentren und vier Informationseinrichtungen mit besonderer Zweckbestimmung. Das Fachinformationszentrum Chemie ist bereits in Frankfurt angesiedelt und das Fachinformationszentrum Energie, Physik, Mathematik fand seinen Sitz in Karlsruhe.

Folgende Zentren sollten in Berlin angesiedelt werden:

- Fachinformationszentrum 5
Hüttenkunde, Metallbe- und -verarbeitung,
Werkstoffe
- Fachinformationszentrum 12
Bildung
- Fachinformationszentrum 9
Verbrauchsgüter
- Fachinformationszentrum 13
Sozialwissenschaften
- Informationseinrichtungen mit besonderer Zweckbestimmung
Umwelt
Technische Regelwerke

Berlin sollte weiterhin an den Fachinformationszentren Raumordnung / Bauwesen / Städtebau sowie Chemie und Medizin / Biologie / Sport beteiligt werden.

Folgende Maßnahmen wird die CDU bei Regierungsübernahme besonders fördern:

- Es müssen verstärkte steuerliche Anreize für die Verlagerung von Forschungs- und Entwicklungsabteilungen nach Berlin geboten werden, wobei auch der Personalaufwand in die Begünstigungen einbezogen und die Möglichkeit der Kumulation verschiedener Abschreibungsmöglichkeiten anerkannt werden soll.
- Es gilt, die verstärkte öffentliche Auftragsvergabe im Bereich Forschung und Entwicklung sowie ausreichende und praktikable Vergünstigungen für nach Berlin vergebene Forschungs- und Entwicklungsaufträge zu erreichen.

5. Neue Einrichtungen für Berlin

Berlin soll nationales und übernationales Ausbildungs- und Kommunikationszentrum werden. Die CDU strebt die Gründung folgender Institutionen in der Stadt an:

- Deutsche Nationalstiftung
- Fachinformationszentren
- Bundesinstitut für Krankenhausforschung
- Institut für Europäische Wirtschafts- und Sozialpolitik
- Europäisches Institut für Lehrerfortbildung
- Ausbildungsstätten für Führungskräfte der Wirtschaft

Im Rahmen der Neuordnung der Berliner Universitäten und Hochschulen soll eine dritte Universität mit dem Schwerpunkt im Bereich der Forschung und Weiterbildung gegründet werden.

Berlin sollte außerdem Standort einer internationalen Hotelfachschule und eines Instituts für Museumsdidaktik und -pädagogik werden.

Bei diesen Vorschlägen beziehe ich mich auf Überlegungen in der Enquetekommission des Abgeordne-

tenhauses, die sich auf Antrag der CDU mit der Bevölkerungsentwicklung in der Stadt und notwendigen Maßnahmen gegen einen weiteren Rückgang beschäftigt hat. Berlin soll Standort bedeutender internationaler Einrichtungen werden. Es soll auch seine bisherige Stellung in der Entwicklungshilfe ausbauen. Nach meiner Auffassung sollte es zu einem Zentrum der Weiterbildung von Führungskräften von den Entwicklungsländern werden.

Das Wohnungsprogramm der Berliner CDU

In Berlin gibt es nicht genügend Wohnungen, deren Ausstattung den Bedürfnissen und berechtigten Wünschen der Bewohner entspricht. Besonders junge Ehepaare und Familien haben große Schwierigkeiten bei der Suche nach einer familien- und einkommensgerechten Wohnung.

Im Vergleich mit anderen westdeutschen Großstädten und Ballungsgebieten schneidet Berlin ungünstig ab. Es hat (gemessen an der Gesamtzahl vorhandener Wohnungen) weniger Neubauwohnungen, mehr modernisierungsbedürftige und abrißreife Wohnungen und zu wenig größere, familiengerechte Wohnungen.

Mehr als die Hälfte der über eine Million vorhandenen Wohnungen sind vor 1949, vierzig Prozent sogar vor 1918 gebaut worden. Demzufolge haben noch immer über 100 000 Wohnungen weder Innen-toiletten noch Bad, weitere 146 000 sind ohne Bad. Mehr als 550 000 und damit über die Hälfte aller vorhandenen Wohnungen verfügen nur über Ofenheizung.

Die Qualität des Berliner Wohnungsbestandes reicht somit nicht einmal zur Versorgung der Berliner aus, so daß unzulängliche Wohnungsverhältnisse zu den vorrangigen Fortzugsgründen gehören. In dieser

Situation ist es darüber hinaus besonders schwierig, dringend benötigte Zuwanderer für Berlin zu werben und sie ohne Benachteiligung für die wohnungsuchenden Berliner mit attraktiven Wohnungen zu versehen.

Wegen des schlechten Wohnungsbestandes und seiner besonderen Bevölkerungsstruktur braucht Berlin zunächst weiterhin die gesetzliche Mietpreisbindung für Altbauwohnungen, obwohl damit auch Nachteile für den Wohnungsmarkt verbunden sind, vor allem private Initiativen zur Wohnungsmodernisierung beeinträchtigt werden. Mit den bevorstehenden gesetzlichen Regelungen zur weiteren Mietpreisbindung muß ein allmählicher Übergang zum „sozialen Mietrecht“ im sonstigen Bundesgebiet eingeführt werden.

Ein weiteres Problem besteht darin, daß die Vorteile einer staatlichen Mietensubvention der öffentlich geförderten Sozialwohnungen auch Mietern zugute kommen, deren Einkommen inzwischen über der Grenze liegt, die sie zum Bezug einer solchen Wohnung berechtigt. Freifinanzierte Wohnungen werden wegen der großen Mietdifferenz zu Altbau- und Sozialwohnungen zunehmend unvermietbar.

Besser Wohnen in Berlin

Die Berliner CDU hat ihre Programme „Besser wohnen in Berlin“, „Modernes Wohnen im alten Berlin“ und „Wohnen im grünen Berlin“ für die Beseitigung der dringenden Probleme vorgelegt. Die sachgerechten Vorschläge haben die Zustimmung der Fachleute gefunden. Mit der Zustimmung der Mehrheit der Bevölkerung können sie ab 1979 verwirklicht werden.

Berlin soll eine Stadt werden, in der

- ein ausreichendes, familiengerechtes Angebot für die unterschiedlichen Wohnungswünsche vorhanden ist,
- Berliner und auch Zuwanderer schnell eine geeignete Wohnung finden,

- die Modernisierung und Sanierung der innerstädtischen Bereiche sowie die Fortsetzung der Neubautätigkeit sich städtebaulich und wohnungswirtschaftlich einander sinnvoll ergänzen,
- die Zersiedelung der grünen Außenbezirke verhindert wird.

Deshalb wird die CDU in der Regierungsverantwortung u. a. die folgenden Maßnahmen einleiten:

- Die Modernisierung von zunächst jährlich mindestens 10.000 Wohnungen bei allmählicher Steigerung nach 1980 wird durch Gewährung der benötigten Haushaltsmittel und Förderung privater Initiative gesichert.
- In der kommenden Wahlperiode wird der jährliche Neubau von 10.000 Wohnungen durch Bereitstellung entsprechender Haushaltsmittel finanziell gefördert.
- Bürokratische Hemmnisse bei der Modernisierung und Sanierung werden beseitigt.
- Der soziale und steuerbegünstigte Wohnungsbau soll zu einem öffentlich geförderten Wohnungsbau unter gleichen Bedingungen zusammengefaßt werden und wird bei einkommensgerechter Miete für alle offen sein, die eine Wohnung brauchen.
- Die Wohnungsprogramme werden stärker als bisher die notwendige Schaffung von modernen Großwohnungen vorsehen, die nach Gesamtfläche und Anzahl der Räume besonders für Familien mit mehreren Kindern geeignet sind.
- Grundstücke, die im städtischen Besitz sind und sich für den Bau von Familienhäusern eignen, sollen durch Verkauf oder im Wege des Erbbaurechtes bevorzugt an Familien mit Kindern abgegeben werden.
- Zur Förderung des Erwerbs von Grund- und Wohnungseigentum zum Zwecke der Eigennutzung er-

halten Familien mit Kindern einen verlorenen Zuschuß für die Finanzierung des erforderlichen Eigenkapitals bzw. für die Verringerung der Finanzierung. Der Zuschuß beträgt für jedes vorhandene Kind DM 6.000, für später geborene Kinder DM 15.000.

- Der Umzug aus einer großen in eine kleinere Wohnung wird durch Prämien gefördert. Damit sollen insbesondere ältere und alleinstehende Mitbürger angereizt werden, aus ihrer mittlerweile zu großen Wohnung in eine ihnen genehmere kleinere Wohnung umzuziehen und somit größeren Familien den Einzug in eine familiengerechte Wohnung zu ermöglichen. In diesen Fällen werden auch Einzelpersonen eine Zwei-Zimmer-Wohnung im öffentlich geförderten Wohnungsbau erhalten können.
- Zusätzlicher attraktiver Wohnraum wird durch den Ausbau geeigneter Dachgeschosse geschaffen.

Pflege und Entwicklung der Stadtstruktur

Berlin, als Land der Bundesrepublik Deutschland in einer besonderen politischen und geographischen Lage gegenüber dem sonstigen Bundesgebiet, bedarf als eine von ihrer natürlichen Umgebung weitgehend abgeschnittenen Millionenstadt einer sorgfältigen Planung seiner inneren Entwicklung. Zonen- und Sektorengrenzen sind die jedermann sichtbaren Markierungen der räumlichen Beschränkung; neben der Fläche sind auch andere Ressourcen (z. B. Wasser und Grün) der Stadt nur begrenzt verfügbar und müssen deshalb sparsam genutzt werden.

Bisherige Fachplanungen für die Entwicklung der Stadt stehen trotz versuchter Koordinierung weitgehend zusammenhang- und beziehungslos nebeneinander. Die vor Jahren auf Drängen der CDU vom Senat eingerichtete Planungsleitstelle ist an der mangelnden Fähigkeit, Prioritäten zu setzen und die ver-

fügbaren Mittel abgestimmt und sachgerecht einzusetzen, sowie am Ressortegoismus der SPD/FDP-Senatoren gescheitert. Die derzeitigen verstreuten Zuständigkeiten für Einzelbereiche der Stadtentwicklung bei den einzelnen Verwaltungen behindern sachgerechte Planung und deren zielstrebige Umsetzung. Es fehlt der alle Faktoren berücksichtigende und fort-schreibungsfähige Stadtentwicklungsplan.

Die CDU wird daraus die richtigen Schlußfolgerungen ziehen:

Planung muß bürgernah, offen und kontrollierbar sein. Die integrierte Stadtentwicklungsplanung auf der Grundlage einer funktionsfähigen Planungsdatenbank bedarf eines besonderen Ressorts für Stadtentwicklung und Umweltschutz.

Die Berliner CDU hat der Öffentlichkeit bereits an Einzelbeispielen ihre Überlegungen zur behutsamen Erneuerung und durchgreifenden Verbesserung wichtiger Bereiche der Stadt vorgestellt. Ich möchte nunmehr Überlegungen zu den Schwerpunkten der Stadtentwicklung vorlegen, deren Verwirklichung wir für notwendig halten.

Die Planung soll erreichen, daß bei der Stadtentwicklung historisches Erbe, kulturelle Verpflichtung und städtebauliche Erkenntnisse ebenso berücksichtigt werden wie die technische Entwicklung und die wirtschaftlichen Erfordernisse unserer modernen Gesellschaft.

Dazu gehören:

- eine vorausschauende Bedarfsermittlung für die wirtschaftliche Existenzsicherung der Stadt,
- eine gleichrangige Entwicklung der einzelnen Stadtteile unter Bewahrung historisch gewachsener Besonderheiten,
- eine gesunde Funktionsmischung, die urbanes Leben garantiert,
- ein leistungsfähiges Netz des öffentlichen Nahverkehrs,

- der schwerpunktmäßige Ausbau von Parks und Plätzen als Begegnungsmöglichkeit und als Erholungsraum der Menschen.

In der Regierungsverantwortung wird die CDU durch die Aufstellung eines Landespflegeplans ein brauchbares Planungsinstrument für die Weiterentwicklung der Stadt schaffen. Dabei wird insbesondere die Schutzwürdigkeit einzelner Bereiche zu berücksichtigen sein. Die Grenzen der Umweltbelastung sind festzulegen. Um den besonderen Voraussetzungen und Erfordernissen der einzelnen Stadtteile gerecht zu werden und überschaubare Planungsräume zu schaffen, werden durch die Bezirke Stadtteil-Entwicklungspläne aufgestellt.

Gestaltung der Innenstadt als städtebauliche Aufgabe

Die City-Planung der CDU mit ihrem Programm „Boulevard Berlin“ berücksichtigt die besondere Funktion des Bereiches zwischen Wittenbergplatz und Uhlandstraße als neues Zentrum des westlichen Berlin. Zwischen Gedächtnis-Kirche und Europa-Center wird ein repräsentativer Platz geschaffen. Der Zoo wird im Gebiet nördlich des Landwehrkanals erweitert.

Die Attraktivität des City-Bereiches wird durch die Einrichtung eines „Galerie-Viertels“ zwischen Kurfürstendamm, Uhland-, Mommsen- und Bleibtreustraße erhöht. Dadurch wird auch der Austausch von Informationen im künstlerischen Bereich erleichtert.

Die für 1984 geplante „Interbau“ soll nach Senatsplänen genutzt werden, um Teile der südlichen Friedrichstadt und des südlichen Tiergartenviertels durch Wettbewerbe mit der internationalen Architekten-Elite zu gestalten. Die CDU will eine weitergehende Planung:

Die Planungen sollen das ganze südliche Tiergartenviertel und die südliche Friedrichstadt unter Einschluß des Gleisdreiecks erfassen. Hier müssen lebendige, typische Berliner Stadtteile entstehen, die neben Wohnungen und Grünflächen optimalen Platz für die neuen Einrichtungen – bundesweite, europäische und internationale Institutionen im Zentrum der Stadt – bieten. Es muß zugleich die Bindung zwischen dem Berliner Norden und Südosten wiederhergestellt und die Beziehung der neuen City zur Berliner Stadtmitte offengehalten werden. Das Gebiet zwischen Klingelhöfer- und Stauffenbergstraße soll bevorzugter Standort internationaler Einrichtungen werden.

Verkehrsplanung weist in die Zukunft

Die vorhandenen Anlagen der S-Bahn werden bei der Planung des weiteren U-Bahn-Ausbaus im Sinne eines Verbundsystems berücksichtigt. Es werden planerische Vorarbeiten für eine Nutzung der S-Bahn für die derzeitigen Verkehrsbedürfnisse der westlichen Stadthälfte geleistet. Dabei werden die S-Bahnhöfe Zoologischer Garten und Charlottenburg in den Mittelpunkt einer neuen, die Randgebiete der Stadt mit dem Zentrum unmittelbar verbindenden Streckenführung gestellt.

Unser Ziel ist es, die S-Bahn von Berlin (W) aus zu betreiben. Es wird zu prüfen sein, unter welchen Voraussetzungen eine Übertragung der Betriebsrechte für die grundsätzlich leistungsfähige, gegenwärtig jedoch von weiterem Verfall bedrohte S-Bahn an eine Landesbahn-Direktion Berlin erfolgen kann. Die notwendigen Erneuerungen des vorhandenen Streckennetzes und sein bedarfsgerechter Ausbau sollten in diesem Fall aus dem Stadtbahn-Investitionsprogramm der Deutschen Bundesbahn finanziert werden.

An geeigneten Punkten des U-Bahn-Netzes werden park-and-ride-Flächen angelegt, mit denen eine für

den Benutzer kostengünstige und zeitsparende Verbindung des öffentlichen und des individuellen Nahverkehrs hergestellt wird.

Ordnung und Flüssigkeit des Straßenverkehrs werden durch Installierung eines computergesteuerten Verkehrsleitsystems verbessert, das auch ständige Informationen über freie Parkplätze, insbesondere in der Innenstadt, vermittelt.

Der Stadtautobahnring Berlin-West wird geschlossen und der Autobahnbau bis Holzhauser Straße im Norden und die Gradestraße sowie Buschkrugallee im Süden fortgesetzt. Die Verlängerung der Autobahnen bis zur Stadtgrenze erfolgt aber nur im Zusammenhang mit neu eröffneten Übergangsstellen für den Verkehr in und durch die DDR. Bei der Trassenführung sind Gesichtspunkte der Umwelterhaltung und der Stadtstruktur zu berücksichtigen.

Umweltschutz führt zu größerem Freizeit- und Erholungswert

Für die innere Struktur der Stadt ist ihr Freizeit- und Erholungswert von wesentlicher Bedeutung. Berlin, größte deutsche Industriestadt, verfügt von Natur aus über mehr Grün- und Erholungsflächen als andere Städte. Der Zugang zur weiteren Umgebung, wie ihn andere Städte als selbstverständlich ansehen, ist hier jedoch nur im Rahmen der Besuchsregelung möglich. Deshalb kommt dem Umweltschutz in Berlin erhöhte Bedeutung zu, zumal auf den 480 qkm Stadtfläche auch weniger umweltfreundliche Einrichtungen untergebracht werden müssen, die man anderswo in die weitere Umgebung verbannt hätte.

Wir haben schon bei der Darstellung unserer Konzeption zur Stadtentwicklung erwähnt, daß die CDU die Zuständigkeiten auf dem Gebiete des Umweltschutzes in einer besonderen Senatsverwaltung für Stadtent-

wicklung und Umweltschutz zusammenfassen wird und daß die Grenzen der Umweltbelastung der einzelnen Stadtgebiete festgelegt werden müssen. Zur Verbesserung des Umweltschutzes wird die CDU bei Übernahme der Regierungsverantwortung ferner folgende Maßnahmen einleiten:

- Es wird ein Landesamt für Umweltschutz geschaffen.
- Es wird eine Konzeption zur Nutzung und Erhaltung der Grünbereiche sowie zur Sicherstellung ihrer Naturnähe erarbeitet.
- Die Berliner Seen müssen in das Gewässergüteprogramm der Bundesregierung zur Verbesserung der Wasserqualität einbezogen werden.
- Die Verhandlungen, in denen geklärt werden soll, wie eine weitere Verunreinigung unserer Berliner Gewässer durch Abwässer aus Ostberlin und der DDR verhindert werden kann, müssen vorangetrieben werden.
- Es wird ein Wasserversorgungsprogramm erarbeitet. Durch entsprechende Auflagen muß im Bereich des Tiefbaus sichergestellt werden, daß auch im Stadtgebiet Regenwasser in ausreichender Menge versickern kann.
- Stärker als Kraftwerke verschmutzen Ofenheizungen in Altbaugebieten unsere Luft. Der Ausbau der Fernwärmeversorgung wird daher fortgesetzt.
- Es wird ein Abfallwirtschaftsplan geschaffen.
- In Berlin als einem Zentrum des Umweltschutzes müssen die Möglichkeiten der Wiederaufbereitung (Recycling) verstärkt genutzt und weitere Möglichkeiten erprobt werden. Dazu wird eine Änderung des langfristigen Müllvertrages mit der DDR (Abnahmegarantie) angestrebt. Umweltfreundliche Technologien und rohstoff- und energiesparende Produktionsverfahren sollen besonders gefördert werden.

Bessere Verbindungen nach außen

Die Verkehrsverbindungen von und nach Berlin sind besser und schneller geworden. Wir haben dafür hohe politische Preise und viel Geld gezahlt, und jede weitere Verbesserung müssen wir jetzt erkaufen. Was bisher erreicht wurde, kann sich jedoch nur im Vergleich zum vorherigen Zustand sehen lassen. Wir machen uns keine Illusionen darüber, wie schwer es sein wird, der anderen Seite weitere Verkehrserleichterungen abzuhandeln. Wir sind jedoch der Ansicht, daß dies auch in Zukunft versucht werden muß.

Für den Verkehr zu Lande und zu Wasser werden insbesondere folgende Verbesserungen angestrebt:

- Den Bau einer Autobahn in den nordwestdeutschen Raum halten wir auf jeden Fall für notwendig. Im Interesse der Berliner und der Arbeitsmarktsituation in der Bundesrepublik Deutschland läge die sogenannte Südtrasse zum Kreis Lüchow-Dannenberg.
- Der Eisenbahnverkehr Berlins muß in das Inter-City-Netz einbezogen, Komfort und Schnelligkeit erhöht werden. Das Zugangebot insbesondere in den Hauptreisezeiten ist zu erhöhen. Gleiches gilt für das Autoreisezugangebot.
- Die Öffnung des Teltow-Kanals aus Richtung Westen, der Bau einer Trogbrücke über die Elbe bei Magdeburg und die Öffnung des Havelkanals (Paretz-Niederneuendorf) sollen die Schifffahrt von und nach Berlin (West) erleichtern.

Berlins Flugverbindungen sind kein Luxus

Der Luftverkehr ist derzeit ein besonders trauriges Kapitel. Einerseits hat das Transitabkommen dazu beigetragen, daß dem Flugverkehr Gäste entzogen wurden; andererseits hat die Untätigkeit der SPD / FDP-Bundesregierung in diesem Bereich dazu geführt, daß notwendige neue Anreize und Impulse ausblieben. Wenn sich Berlin aber als Unternehmenssitz, Kongreßstadt und nationales und internationales Dienstleistungszentrum empfehlen will, muß der Luftverkehr provinziellen Zuschnitt überwinden.

Die alliierte Lufthoheit darf nicht in Frage gestellt werden. Auf der anderen Seite ist die geographische Lage Berlins für den Luftverkehr innerhalb Europas aber so interessant, daß zusätzliche internationale Verbindungen möglich und nötig sind. Dies gilt insbesondere für die Strecken aus den skandinavischen Ländern nach Südeuropa.

Berlin-Tegel muß in die Strecke Tokio-Moskau-Berlin-Frankfurt/Main-Paris einbezogen werden. Derartige wichtige Routen sind nur dann wirtschaftlich zu unterhalten, wenn auch alle Teilstreckenflüge angeboten werden können. Dieser Grundsatz muß auch für die Teilstrecke Tegel-Frankfurt/Main gelten.

Der Luftverkehr zwischen Berlin und dem übrigen Bundesgebiet wird subventioniert. Diese Vergünstigungen reichen angesichts der galoppierenden Preisentwicklung der letzten Jahre nicht mehr.

Wir treten daher für eine neue Grundformel ein, die lautet: Der Preis der Flüge von Berlin in das übrige Bundesgebiet und umgekehrt darf nicht mehr als 50% über dem Eisenbahnfahrpreis 2. Klasse liegen. Wir halten es für wünschenswert, wenn alle innerdeutschen Flughäfen von Berlin aus wieder von zwei oder

mehreren Fluggesellschaften angefliegen werden. Dafür werden wir uns einsetzen.

Berlin: für Besucher attraktiv

Der Tourismus ist nicht nur ein wichtiger Wirtschaftszweig, sondern er besitzt für Berlin gewiß auch eine politische Dimension. Unsere Stadt ist auf Freunde und Sympathien in aller Welt angewiesen und muß auf allen geeigneten Gebieten ihre Anstrengungen erhöhen, um nicht in Vergessenheit zu geraten.

Bei einer Übernahme der Regierungsverantwortung werden wir folgende Maßnahmen einleiten:

- Die Erarbeitung einer mittel- und langfristigen Marketing-Konzeption für den gesamten touristischen Bereich unter Einbeziehung des Kongreßzentrums ICC Berlin.
- Eine stärkere Koordinierung und Abstimmung der behördlichen Verkaufs- und Werbeanstrengungen (Verkehrsamt, AMK, ICC).
- Die Einrichtung einer Koordinationsstelle für Großveranstaltungen mit Terminstreuung auch über mögliche Subventionsvergabe.
- Eine bessere Ausnutzung der Beherbergungskapazität durch ein elektronisches Hotelbuchungssystem, das auch für langfristige Messe-, Kongreß- und Veranstaltungsplanung genutzt werden kann.
- Die Förderung der Erweiterungs- und Modernisierungsprogramme, vor allem im Bereich der kleineren und mittelständischen Beherbergungsbetriebe der mittleren Preisklasse.
- Die Akquisition weiterer Veranstaltungen zur Stärkung der Rolle Berlins als Stätte internationaler Be-

gegnung und internationaler sportlicher Wettkämpfe.

Berlin – Kulturmetropole von europäischem Rang

Berlin hat als kulturelles Zentrum Spitzenleistungen anzubieten. Die Berliner Philharmoniker gelten international als eines der besten Orchester der Welt. Die Berliner Theater- und Opernlandschaft kann sich trotz einiger Rückschläge sehen lassen. Die Stadt beherbergt bedeutende Museen und eine Vielzahl Galerien.

Dennoch kann nicht übersehen werden, daß Berlin seine einstige Spitzenleistung als europäische Kulturmetropole, die es in den Zwanziger Jahren hatte, bis heute noch nicht wiedererrungen hat. Die Insellage der Stadt, Haushaltsprobleme, aber auch die politischen Einseitigkeiten bei der Projektförderung und unsachgemäße Personalentscheidungen müssen hierfür als Ursache angesehen werden.

Die Anziehungskraft Berlins hängt entscheidend von der geistigen Aufgeschlossenheit der Stadt ab. Das Kulturangebot muß sowohl den breiten Ansprüchen der Bevölkerung als auch den besonderen Interessen kleiner Gruppen genügen. Kulturpolitik muß das traditionelle Kulturangebot ebenso ermöglichen wie das neue und experimentelle. Berlin kann und muß wieder europäische Kulturmetropole werden. Wir haben konkrete Vorstellungen, wie dieses Ziel erreicht werden kann. Zu ihrer Verwirklichung wird die CDU den Anteil für kulturelle Zwecke im Haushalt des Landes Berlin erhöhen.

Drei Bauvorhaben möchte ich an dieser Stelle nennen:

- der Kammermusiksaal der Berliner Philharmonie muß nach den Plänen Scharouns endlich errichtet werden.

- Das alte Schloßtheater im Schloß Charlottenburg sollte zu einer zweiten, kleinen Spielstätte der Deutschen Oper ausgebaut werden, die insbesondere der kleinen Kammeroper und auch für Werkstattexperimente zur Verfügung steht.
- Nach der aus Konjunkturförderungsmitteln des Bundes vorgesehenen Rekonstruktion des im Kriege zerstörten alten Kunstgewerbemuseums in der Stresemannstraße sollte dieser Bau zu einem modernen Ausstellungsgebäude mit variablen Räumen ausgestattet werden.

Wir wollen die Theatervielfalt der Stadt erhalten und somit die Anziehungskraft Berlins auf Künstler und Publikum weiter erhöht wissen. Dazu gehört vor allem, daß die einseitige Subventionspolitik des gegenwärtig amtierenden Senats geändert wird. Der Staat hat das leistungsfähige Theatergeschehen zu fördern, jedoch nicht durch Steuerung der Subventionen einseitig zu manipulieren.

Darum gilt es, die finanzielle Unterstützung der Berliner Bühnen ausgewogen zu handhaben und durch gesonderte Haushaltsstellen für die Ensemble-Theater (Schaubühne, Theater des Westens) und die übrigen Privattheater die künstlerische und wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit der verschiedenen Bühnen wiederherzustellen. Dabei muß das Engagement national und international anerkannter Regisseure, Schauspieler und Ensembles angeregt und unterstützt werden.

Das Puppen-, Kinder und Jugendtheater in Berlin sollte mit dem Ziel weiterentwickelt werden, ein möglichst breitgefächertes Angebot zu erreichen.

Wir unterstützen die Umwandlung der Max-Reinhard-Schule zu einer Berliner Theater-Akademie.

Neue Wege der Kunstförderung

Berlin soll wieder kultureller Mittelpunkt Deutschlands werden. Um die Vielfalt und Lebendigkeit des kulturellen Lebens der Stadt zu erhöhen, sind neue Wege notwendig. Ein leistungsfähiger Kunsthandel gehört genauso dazu wie eine systematische Nachwuchsförderung und Anreize für Künstler, ihren Wohnsitz nach Berlin zu verlegen. Bei der Förderung von Museen und Ausstellungen müssen zur Steigerung der Attraktivität klare Schwerpunkte gesetzt werden.

Folgende Maßnahmen halten wir für notwendig:

- Das deutsche Verlagswesen als wichtiger kulturpolitischer Magnet soll wieder in die Stadt gezogen werden. Dazu soll das Verlagswesen unabhängig von Herstellungsvorgängen in Berlin steuerlich stärker entlastet werden.
- Die Ausstellung „Tendenzen der Zwanziger Jahre“ war von einem Erfolg begleitet, der das nachhaltige Interesse des deutschen und internationalen Publikums an Veranstaltungen dieser Art unterstreicht. In einem etwa zweijährigen Turnus sollten daher Veranstaltungen dieser Art in Berlin stattfinden. Begleitende Ausstellungen und Rahmenveranstaltungen von nicht unmittelbar betroffenen Bereichen des Kulturlebens sollten ihre Attraktivität erhöhen. Das Leitthema sollte durch „dezentrale“ Aktivitäten sinnvoll ergänzt werden können.
- Berlin ist Musikstadt Deutschlands. Dringend notwendig aber ist eine verstärkte Förderung des musikalischen Nachwuchses. Laienspielgruppen, Jugendorchester und Chöre müssen in ihrer Arbeit besser unterstützt werden. Gleiches gilt für die Musikerziehung an Grundschulen und bezirklichen Musikschulen. Wir regen die Gründung eines Musikgymnasiums mit Internat an.

- Der Kunsthandel soll nach Berlin gezogen werden. Auch hierzu bieten sich steuerliche Maßnahmen an. Die auf Berliner Auktionen erzielten Umsätze sollten durch eine Ergänzung des Berlin-Förderungsgesetzes begünstigt werden. Die Ansiedlung des Kunsthandels in Berlin wird durch zinsbegünstigte Kredite und die Übernahme von Landesbürgschaften gefördert.
- Das von mir in anderem Zusammenhang bereits erwähnte „Galerie-Viertel“ im Bereich des Kurfürstendamms, der Uhland-, Mommsen- und Bleibtreustraße soll durch Mietzuschüsse für einzurichtende oder bereits existierende Galerien, öffentliche Werbemaßnahmen für die Galerien und ihre Ausnahme aus den Ladenschlußbestimmungen gefördert werden.
- In Zusammenhang mit dem Ausbau des alten Diplomatenviertels zu einem neuen internationalen Zentrum in Berlin soll ein Skulpturengarten errichtet werden.
- Die Richtlinien für künstlerische Arbeiten bei öffentlichen Bauvorhaben sollen in der Zielsetzung der Einheit von Kunst am Bauwerk und der Architektur überarbeitet werden.
- Im Rahmen des öffentlich geförderten Wohnungsbaus und der Wohnungsmodernisierung sollen Atelierwohnungen schwerpunktmäßig in einzelnen Berliner Stadtquartieren gebaut werden.
- In Berlin soll eine Graphik-Biennale durchgeführt werden.

Ferner regen wir an, für alle in Berlin stattfindenden Festspiele zusätzlich eine „Jury unter 35“ einzusetzen. Diese Jury soll die Avantgarde zur Teilnahme an den Festspielen veranlassen.

Berlin wird wieder Filmstadt

Berlin war einst die Metropole des Films. Berlin muß wieder zu einem Zentrum der deutschen und internationalen Filmindustrie werden. Dazu gehören Filmproduktionen, Filmverleih und modern ausgestattete technische Betriebe. Nur dann wird der Film wieder ein wichtiger kultureller und wirtschaftlicher Exportartikel der Stadt.

Modern und gut ausgestattete Betriebe müssen auf der Grundlage privatwirtschaftlicher Initiative mit Unterstützung des Landes Berlin errichtet werden. Sie müssen durch Förderung von Produktionen Konkurrenz- und lebensfähig gehalten werden.

Die bisherigen Förderungsprogramme reichen nicht aus, um Berlin wieder zu einem Zentrum des deutschen und internationalen Films werden zu lassen. Für in Berlin gedrehte Spielfilme – vor allem jedoch für den Unterhaltungsfilm – müssen daher nach einheitlichen Kriterien Darlehensprogramme und steuerliche Erleichterungen gemeinsam angeboten werden.

Die Berliner Cinemathek ist finanziell, räumlich und personell so auszustatten, daß sie ihrem filmhistorischen Auftrag gerecht werden kann. Sie sollte der Anfang für ein deutsches Filmmuseum mit internationaler Bedeutung sein. Nur so kann eine kontinuierliche Präsentation des Archivmaterials möglich werden.

Chancen für junge Menschen

Berlin ist eine Stadt, die auf die Zukunft setzt. Die notwendigen großen, vor allem materiellen Opfer für seine freiheitliche Existenz sind auch von der inneren Logik her in erster Linie durch seine in die Zukunft gerichtete Aufgabe zu rechtfertigen.

Zur Zukunftsbewältigung gehört das Engagement gerade junger Menschen. Sie, die die Zukunft der nächsten Jahrzehnte miterleben, sind aufgerufen, diese als ihre Gegenwart auch zu gestalten. Dazu muß Berlin ihnen die bestmöglichen Voraussetzungen bieten, denjenigen, die schon in dieser Stadt leben, ebenso wie denen, die wir gern in unsere Stadt holen möchten.

Wichtig sind Maßnahmen der Familienförderung, der Schul- und Hochschulpolitik und der beruflichen Bildung.

Familienförderung schafft soziale Gleichstellung

Die Familie ist für die Existenz und die Weiterentwicklung unserer Gesellschaft unersetzlich. Sie steht aber im Schatten des sozialen Fortschritts und des wirtschaftlichen Aufstiegs. Eine höhere Kinderzahl senkt bei durchschnittlichem Familieneinkommen den Lebensstandard häufig in die Nähe oder gar unter die Richtsätze der Sozialhilfe. Auf die besonderen Wohnungsprobleme von Familien und die Lösungsvorschläge der CDU habe ich bereits hingewiesen.

Berlin muß für junge Familien besonders attraktiv sein. Es ist unser Ziel, Berlin zu einer Stadt zu machen, in der

- Familiengründung nicht mit sozialem Abstieg und gesellschaftlichem Prestigeverlust verbunden ist,
- Kinderfreundlichkeit zu den Selbstverständlichkeiten gehört und
- Berliner Familien ihre Zukunft sehen und zugewanderte Familien sich heimisch fühlen können.

Deshalb wird die CDU in der Regierungsverantwortung die folgenden Maßnahmen einleiten:

- Die besondere Unterstützung von Familien mit zwei oder mehr Kindern durch Zahlung eines monatlichen Kindergeldes von DM 500,- für das zweite und zusätzlichen DM 250,- für jedes weitere Kind bis zur Schulpflicht wird in Zusammenarbeit mit Bundestag und Bundesregierung angestrebt.
- Kinder und Jugendliche bis zu 18 Jahren erhalten freien Eintritt in den städtischen Bädern und Kunsteisbahnen, im Zoologischen Garten und im Aquarium, im Botanischen Garten, in Schlössern und Gärten und in Museen, um gemeinsame Freizeit der Familien zu erträglichen Kosten zu ermöglichen.
- Beim Bau öffentlicher Einrichtungen und bei der Inbetriebnahme öffentlicher Verkehrsmittel werden Auflagen zu berücksichtigen sein, die eine ungehinderte Benutzung auch durch Mütter mit Kindern und Kinderwagen ermöglichen.
- Ehepaaren wird ein Familiendarlehen bis zur Höhe von DM 10.000 und mit einer Laufzeit von 11 Jahren gewährt, wobei das Land Berlin die Zinsen- und Tilgungsraten in Höhe bis zu DM 2.500 bei der Geburt jeweils eines Kindes gegenüber dem Kreditinstitut übernimmt. Alleinstehende mit Kindern sollen ein 5000,- DM Darlehen erhalten können.

Mut zur Erziehung

In Berlin wurden in den letzten Jahren mit erheblichem finanziellen Aufwand neue Schulen gebaut und zusätzliche Lehrer eingestellt. Dennoch wurde die Berliner Schule nicht besser. Eine Fülle von Schulversuchen und -experimenten machte die Berliner Schule unübersichtlich; Schüler, Eltern und Lehrer wurden verunsichert. Haupt- und Realschulen und das berufsbildende Schulwesen wurden sträflich vernachlässigt, die finanzielle Kraft des Landes auf den Ausbau der Mittelstufenzentren konzentriert. Falsche Reformen führten zur Überforderung vieler Schüler, andere aber wurden nicht ausreichend in ihren

Fähigkeiten gefordert, von ihnen wurde zu wenig verlangt. Die Ideologie der Gleichmacherei führte zur unsinnigen Alternative: Fördern oder Fordern. Richtig ist doch vielmehr, daß die Schule beides leisten muß. Sie muß den schwachen Schüler ausreichend fördern, den leistungsstarken jedoch in seinem Leistungswillen fordern.

Auch die Bildungsinhalte wurden immer unverständlicher. Die Berliner Eltern stehen oft verständnislos dem gegenüber, was ihren Kindern in der Schule vermittelt wird. Unterrichtsausfall, Klassenzusammenlegungen und die Auflösung einzelner Schulen werfen daneben immer wieder neue Probleme auf.

Die CDU will demgegenüber durch ein überschaubares und klar gegliedertes Bildungsangebot ein Höchstmaß allgemeiner und beruflicher Bildung sicherstellen. Sie will ein Bildungssystem verwirklichen, in dem niemand durch seine Herkunft, eine soziale Behinderung oder den mangelnden Bildungswillen seiner Umwelt benachteiligt wird.

Die CDU sagt pädagogischem Schlendrian den Kampf an. Sie fordert entschieden mehr Mut zur Erziehung und das Bekenntnis der Erzieher zu Wertvorstellungen, die sich am Grundgesetz orientieren. Wir wollen durch die Schule die Identifikationsbereitschaft der Jugend mit demokratischen Leitzielen stärken.

Erziehung ist für uns auch nicht nur Wissenvermittlung. Wir wollen, daß der junge Mensch in allen seinen Fähigkeiten gebildet wird, auch im Sportlichen, im Künstlerischen und im Handwerklichen. Er soll in seiner gesamten Persönlichkeit erzogen und gebildet werden.

Die Demokratie braucht den Bürger, der Zusammenhänge erkennt, Manipulationen durchschaut, sich aus rationalen Gründen zwischen verschiedenen Möglichkeiten entscheiden kann und dessen Verhalten an Wertentscheidungen gebunden ist. Der Mensch muß

aber auch lernen, sich und den Mitmenschen in seiner Würde und Freiheit zu erkennen und zu achten, Toleranz zu üben und den freiheitlich-demokratischen und sozialen Rechtsstaat in seinem Wert zu begreifen und zu bejahen.

Für die Entfaltung der Persönlichkeit ist Leistung ein unentbehrlicher Antrieb. In einer staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung, in der Herkunft und soziale Stellung der Eltern, Wohnort und Bildungswille der Umwelt für die Entfaltung und den Lebensweg des einzelnen nicht ausschlaggebend sein dürfen, verbleibt Leistung als einziger demokratisch und sozial gerechter Maßstab beruflicher und gesellschaftlicher Qualifikation. Gerade deswegen halten wir Tugenden wie Fleiß und Disziplin pädagogisch keineswegs für überholt.

Die Schule muß wieder überschaubar werden

Die Berliner Schule bedarf vor allem der Konsolidierung, nach formalen Experimenten wieder der Konzentration auf die inhaltliche Ausgestaltung des Unterrichts. Wir werden durch den allmählichen Abbau der Fülle laufender und die Überprüfung und gegebenenfalls Verringerung geplanter Schulexperimente die Schule in Berlin wieder für Schüler, Eltern und Lehrer überschaubar gestalten.

Wir werden die Unterrichtssituation in der Schule verbessern und

- den häufigen Unterrichtsausfall durch zusätzliche Lehrerplanstellen für Vertretungskräfte drastisch herabsetzen,
- durch schulorganisatorische Maßnahmen die Zusammenlegungen von einzelnen Klassen insbesondere an den Grundschulen und eine Auflösung einzelner Schulen vermeiden,
- Grundschulen erhalten, wenn mindestens eine Zweizügigkeit der Schule gesichert ist.

Die CDU wird den Bau neuer unübersichtlicher Großschulen (z. B. Mittelstufenzentren) vermeiden. Im Bau- und Raumausstattungsprogramm für die Berliner Schule wird sie die folgenden Schwerpunkte setzen:

- In der kommenden Legislaturperiode werden 200 Mio. DM für ein Ausstattungs- und Renovierungsprogramm für ältere Schulbauten bereitgestellt.
- Die technisch-apparative Ausstattung von Haupt- und Realschulen wird durch ein Sonderprogramm verbessert. Die Vergleichbarkeit mit der Ausstattung von Mittelstufenzentren soll sichergestellt werden.
- Aufgrund der großen Nachfrage werden mindestens zwei bestehende Schulen zu grundständigen Gymnasien (ab Klasse 5) ausgebaut.
- Das laufende Bauprogramm für die Oberstufenzentren wird überprüft.

Schüler, Lehrer und Eltern dürfen nicht ständig für Experimente unzureichend vorbereiteter schulischer Reformen mißbraucht werden:

- Wir treten für den Ausbau der vorschulischen Bildungsangebote auf freiwilliger Grundlage ein. Wir sehen keine Notwendigkeit, die Altersgrenze für die allgemeine Schulpflicht im Rahmen der Vorklasse oder der sogenannten Eingangsstufe vorzuverlegen.
- Der Besuch des 10. Schuljahres für Hauptschüler wird nach unserem Willen freiwillig bleiben.
- Wir werden die Oberstufenzentren von weiteren Schulversuchen und Experimenten entlasten und zu Berufsschulzentren ausbauen.

Meine Partei hat an anderer Stelle zu den Problemen der einzelnen Berliner Schulformen Stellung genommen und ein Programm zur weiteren Entwicklung vor-

getragen. Ich möchte hier nur einige aktuelle Fragen der Grund- und Hauptschule ansprechen:

Auf dem Hintergrund der derzeit sinkenden Schülerzahlen streben wir für die Grundschule weitere pädagogische Verbesserungen an. Hierzu gehören

- die Senkung der Klassenstärken auf 25 Schüler,
- die Differenzierung des Unterrichts in den Klassenstufen 5 und 6 in den Fachrichtungen Deutsch, Englisch und Mathematik.

Die CDU wird der Hauptschule den gleichberechtigten Rang im Vergleich mit anderen Schulzweigen wiedergeben. Der Hauptschüler darf nicht weiterhin an den sogenannten theoretischen Begabungen einer gymnasialen Ausbildung gemessen werden. Die CDU wird mit der stärkeren Gewichtung der naturwissenschaftlichen Fächer sowie der Wirtschafts- und Arbeitslehre einschließlich der dazugehörigen Betriebspraktika deutliche Akzente setzen. Insbesondere sind darüber hinaus folgende Maßnahmen beabsichtigt:

- Es soll eine Richtfrequenz von 25 Schülern pro Klasse durchgesetzt werden.
- Es soll für differenzierte Förderungsmaßnahmen in den Fächern Deutsch, Mathematik und Englisch Sorge getragen werden.
- Die Befreiung vom Englischunterricht in der 9. Klasse soll auf Beschluß der Klassenkonferenz im Einvernehmen mit den Erziehungsberechtigten möglich werden. Anstelle des Englischunterrichtes sollen in diesen Fällen Förderkurse für Deutsch und Mathematik besucht werden.

Bessere Chancen Beruflicher Bildung

Oberster Grundsatz der Arbeit in der kommenden Legislaturperiode muß die Erhaltung und die zahlenmäßige Vergrößerung der Ausbildungsplätze in Han-

del, Handwerk, Industrie und bei den freien Berufen sein. Wir werden die berufliche Bildung funktionsgerecht entwickeln und es nicht zu einer einseitigen Verschulung kommen lassen. Zum dualen System gibt es für die CDU keine Alternative.

Gleichwohl muß der theoretische Anteil in der beruflichen Bildung erweitert und ein zweiter Berufsschultag in weiteren Ausbildungsbereichen eingeführt werden. Darüber hinaus müssen:

- Weitere überbetriebliche Ausbildungsstätten geschaffen werden.
- Stütz- und Förderkurse für schulisch Benachteiligte und Leistungsschwache eingerichtet werden.
- Verstärkt Leistungsdifferenzierungen in den Berufsschulen eingeführt werden.

Wir möchten neue Anreize zur Bereitstellung von Ausbildungsplätzen in der Wirtschaft schaffen. Deshalb muß das Land Berlin auch seinerseits in den Eigenbetrieben, den landeseigenen Unternehmen und insbesondere in den technischen Diensten weitere Ausbildungsplätze bereithalten.

Berlins Hochschulen werden aufpoliert

Ich habe bereits wiederholt den Anspruch Berlins angesprochen, geistig-kulturelles Zentrum in und für ganz Deutschland zu sein. Dazu gehören auch leistungsfähige Hochschulen und Universitäten.

Weite Teile unserer Hochschulen werden dieser Forderung gerecht. Der Zustand anderer Hochschuleinrichtungen aber ist zum Teil leider katastrophal. Er wirkt sich negativ auf den Ruf aller Berliner Hochschulen aus und wird sich auch durch das vom gegenwärtig amtierenden Senat vorgelegte und wahrscheinlich noch 1978 verabschiedete Hochschulgesetz nicht grundlegend bessern. Das Gegenteil ist zu befürchten. Nach wie vor sind Teile der Berliner

Hochschulen Zentren kommunistischer Agitation. Die Freiheit von Forschung, Lehre und Studium ist gefährdet, der wissenschaftliche Auftrag verfälscht. Besonders besorgt sind wir über den dort feststellbaren Verfall des wissenschaftlichen Niveaus. Er behindert die beruflichen Zukunftschancen vieler Berliner Hochschulabsolventen.

Die Freiheit der Forschung, der Lehre und des Lernens ist für die CDU ein Kernstück der geistigen Freiheit und damit Grundlage unserer freiheitlichen Staats- und Gesellschaftsordnung. Ihr muß Geltung verschafft werden. An den Berliner Hochschulen ist sie durch Gruppen oder Kollektivorgane allzu oft beeinträchtigt. Das Grundrecht der Freiheit von Forschung, Lehre und Lernen muß als Recht des einzelnen Hochschulmitgliedes wiederhergestellt werden, denn die persönliche Verantwortung des einzelnen darf auch nicht durch Kollektiventscheidungen aufgehoben werden. Darüber hinaus muß auch die Zahl von Gremien auf ein vernünftiges Maß verringert werden. Es geht nicht an, daß nach der Berliner Hochschulstruktur teilweise mehr Zeit in Sitzungen verbracht als für wissenschaftliche Arbeit und Lehrtätigkeit aufgewandt wird.

Wir werden die hier nur kurz dargestellten Zustände mit allen verfügbaren gesetzgeberischen und administrativen Maßnahmen ändern. Wir werden das mit dem gezielten Ausbau und der systematischen Förderung der intakten Bereiche der Hochschulen verbinden, deren guter Ruf bisher durch die Entwicklung an anderen Fachbereichen, Institutionen oder Fachhochschulen überschattet wird.

Das Hochschulwesen Berlins soll so vielfältig wie möglich und so einheitlich wie nötig sein. Die Vielfalt der Hochschulen fördert sachnahe Entscheidungen, Eigeninitiative und Leistungsfähigkeit, weil sie den unterschiedlichen Neigungen der Menschen und auch dem vielfältigen Bedarf der Gesellschaft und der Wirtschaft entspricht. Die Planungen des Senats zur Zusammenfassung der Berliner Hochschulen stehen

dieser Erkenntnis entgegen. Die integrierte Gesamthochschule führt – wie auch schon die jetzige Massenuniversität – zu noch mehr wissenschaftsfeindlicher Bürokratie und zur Vereinzelung der Hochschulmitglieder in unübersichtlichen Verwaltungseinheiten. Die CDU wird daher die einzelnen Hochschulen erhalten oder wiederherstellen und sie zu einer sachgemäßen Zusammenarbeit verpflichten.

Wir planen konkret folgende Maßnahmen:

1. Alle Entscheidungen zur Bildung integrierter Gesamthochschulen werden rückgängig gemacht. Die einzelnen Hochschulen sollen unter Aufrechterhaltung ihrer Selbständigkeit in einem Hochschulgesamtbereich zusammenarbeiten.
2. Die Pädagogische Hochschule bleibt als selbständige wissenschaftliche Hochschule erhalten.
3. Die Technische Fachhochschule wird zur Fachhochschule Berlin ausgebaut. Die bisherigen Fachhochschulen für Wirtschaft und für Sozialarbeit werden dieser Fachhochschule Berlin als Fachbereiche zugeordnet.

Die Zusammenlegung der Hochschule für Musik und der Hochschule der Künste habe ich immer als Ausdruck provinzieller Reform-Mentalität empfunden, die die Bedeutung historisch gewachsener Strukturen nicht nachvollziehen kann. Jetzt wird unter Hinzuziehung von Sachverständigen zu prüfen sein, ob die Hochschule der Künste in der jetzigen Form erhalten bleiben soll, ob sie von der Lehrerausbildung entlastet und wo diese gegebenenfalls stattfinden soll. Auf jeden Fall wird für eine ausgeglichene Vertretung der verschiedenen Bereiche der Hochschule in der Selbstverwaltung zu sorgen sein.

Die Berliner Universitäten sind in den letzten Jahren auch aufgrund der steigenden Studentenzahlen immer unübersichtlicher geworden. Die Kapazitätsgrenzen der FU und der TU sind erreicht. Auch bei sin-

kenden Studentenzahlen und einer stärkeren Verlagerung der Ausbildung auf die berufliche Bildung stellt sich die Forderung nach der Gründung einer dritten Universität. Sie sollte der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses (post graduate), der wissenschaftlichen Fort- und Weiterbildung sowie der Grundlagenforschung dienen. Berlin bietet sich auch als Standort von Ausbildungsstätten für Führungskräfte der Wirtschaft an. Wir werden die notwendigen Vorgespräche und Planungsarbeiten einleiten.

Das wissenschaftliche Niveau einer Hochschule ist auch unmittelbar abhängig vom Prüfungswesen. In Berlin muß es in weiten Bereichen in Zusammenhang mit der Studienreform neu organisiert werden. Die Prüfungsordnungen müssen präzisiert, Mindestanforderungen bei Prüfungen klar umrissen werden. Die Möglichkeit von Gruppenprüfungen, insbesondere bei Promotionen, und von kumulativen Habilitationen muß auf die Sonderfälle eingeschränkt werden, in denen die Gruppenprüfungen aufgrund fachlicher Gegebenheiten sachlich geboten sind.

Meine Partei hat den Entwurf eines Gesetzes über die Hochschulen des Landes Berlin im Berliner Parlament eingebracht. Sie hat Thesen und Vorschläge zur Hochschulpolitik veröffentlicht. Die Bemühungen um die Studienreform werden im Mittelpunkt unserer hochschulpolitischen Arbeit stehen. Aus dem Katalog von Änderungsvorschlägen zur Organisation unserer Hochschulen und Universitäten möchte ich an dieser Stelle vier einschneidende Maßnahmen nennen:

1. Die Rechts- und Fachaufsicht über Berlins Universitäten und Hochschulen wird neu geregelt.
2. Der Einfluß des Landes Berlin auf die Personalpolitik der Universitäten soll weiter verstärkt werden. Wie in anderen Bundesländern soll es nur noch unmittelbare Landesbeamte geben (Abschaffung der Dienstherrenfähigkeit).
3. Die Versammlung der Fachbereichsräte soll zukünftig die Aufgaben des Konzils wahrnehmen.

4. Die Zusammensetzung der Entscheidungsgremien an den Hochschulen wird unter strikter Beachtung der vom Bundesverfassungsgericht aufgestellten Grundsätze neu geregelt.

Weitere Aufgaben in der Berliner Politik

Berlins Aufgabe als nationales Symbol, als geistig-kulturelles Zentrum im geteilten Deutschland, seine wirtschaftlichen Grundlagen und die Fragen der Stadtentwicklung standen im Vordergrund meiner bisherigen Darstellungen. Damit sind selbstverständlich nicht alle Aufgaben der Berliner Politik umschrieben.

Der Altersaufbau und die damit verbundenen Probleme der Bevölkerungsentwicklung verlangen nicht nur eine aktive Wirtschafts-, Familien- und Zuwandererpolitik mit all den Forderungen an die Attraktivität der Stadt. Die älteren Mitbürger Berlins haben diese Stadt nach dem Zusammenbruch 1945 aus Trümmern wieder aufgebaut und ihre Freiheit gegen kommunistische Übergriffe verteidigt. Wir wollen in unserer politischen Arbeit auch dafür Dank sagen und unserer sozialen Verpflichtung gerecht werden.

In dieser Darstellung eines Regierungsprogrammes wollen wir bewußt Schwerpunkte setzen. Der Berliner kann jedoch sicher sein, daß auch die anderen Aufgaben der Landes- und Kommunalpolitik bei meiner Partei in guten Händen sind. Die CDU hat ihre kommunalpolitischen Zielvorstellungen formuliert und veröffentlicht. Zu den verschiedenen Teilbereichen der Politik – so beispielsweise der Sportpolitik mit der Forderung nach einer umfassenden Sportstättenanierung – liegen die Programme auf dem Tisch. Zwei Sachbereich aber möchte ich noch besonders herausstellen. Es sind Aufgaben, die uns die Verbesserung der inneren Sicherheit und der Gesundheitspolitik stellen.

Mehr Sicherheit für unsere Bürger

Von 1966 bis 1977 stieg die Zahl der Straftaten in Berlin von ca. 116.000 auf über 204.000! Das ist eine Steigerungsrate von über 75 %. Damit wird statistisch gesehen jeder 10. Berliner mögliches Opfer einer Straftat. Besonders bedrückend ist die hohe Zahl von Rohheitsdelikten – insbesondere von Kindern und Jugendlichen. Berlin hat darüber hinaus mit einer Reihe von besonderen, politisch begründeten Schwierigkeiten zu kämpfen. Der politisch motiviert Terrorismus in Deutschland nahm in Berlin seinen Ausgang. Die für Ausländer offene Grenze zum anderen Teil der Stadt begünstigt den Handel mit Rauschgift und zieht angebliche Asylanten an.

Eines der Ziele der in den letzten Jahren durchgeführten Polizeireform war es, die Polizeipräsenz auf den Straßen zu verstärken. Das Ziel ist nur unzureichend erreicht. Noch immer sind zu viele ausgebildete Polizeivollzugsbeamte in Büros mit Verwaltungstätigkeiten beschäftigt, die ebenso von Verwaltungsangestellten ausgeübt werden könnten. Darunter leidet die Polizeipräsenz auf den Straßen. Ebenso ist die Dienstzeiteinteilung im Polizeivollzugsdienst bisher nur rund um die Uhr und dabei nicht nach den erfahrungsgemäßen Zeiten der starken Kriminalitätsbelastung festgelegt:

Wir werden dafür sorgen, daß die Präsenz der Polizei auf der Straße verstärkt wird:

- Ausgebildete Vollzugsbeamte sind in erster Linie im Außendienst einzusetzen.
- Die Kontaktbereichsbeamten sind von allgemeiner Verwaltungstätigkeit zu entlasten.
- Der Streifendienst und der Funkwagendienst müssen verstärkt werden.
- Die Razzien an bekannten Schwerpunkten der Kriminalität müssen vermehrt werden.
- Im Vollzugsdienst muß eine Dienstzeitregelung eingeführt werden, die den tatsächlichen Bedürfnissen

- der Verbrechensbekämpfung entspricht.
- Es müssen zusätzliche Planstellen für Verwaltungskräfte und Exekutivbeamte geschaffen werden.
 - Das Gesetz über die Freiwillige Polizeireserve soll mit dem Ziel geändert werden, den Aufgabenbereich der FPR (ebenso wie den der Wachpolizei) zu erweitern und die Freiwillige Polizeireserve zahlenmäßig zu verstärken und häufiger einzusetzen.

Ein von der CDU geführter Senat wird im Rahmen der Maßnahmen zur Verbesserung der inneren Sicherheit im Laufe der kommenden Legislaturperiode mindestens 1.000 zusätzliche Planstellen bei der Polizei schaffen. Nicht nur die Zahl der Exekutivbeamten im Polizeidienst muß erhöht werden, sondern auch mehr Wachpolizisten und Angestellte zur Unterstützung der Polizei werden gebraucht. Daneben wird die Ausbildung der Wachpolizei verbessert und ihre tarifliche Eingruppierung überprüft.

Auch die technische Ausstattung der Polizei wird weiter modernisiert. Besonders wichtig ist die Erneuerung der Funkbetriebszentrale und die Errichtung eines bundesweiten Informationsverbundes, von dem alle Kriminalpolizeidienststellen die dort elektronisch gespeicherten Daten unmittelbar erfragen können.

Dem illegalen Ausländerverkehr und dem Rauschgift-handel wird in aller Konsequenz entgegengetreten. Dazu muß der sektorenüberschreitende Verkehr durch flexible Stichprobenkontrollen in den Zügen und an den Bahnhofsausgängen gemeinsam von Polizei und Zoll besser unter Kontrolle gebracht werden.

Auch der Strafvollzug darf nicht Brutstätte neuer Kriminalität bleiben. Wir werden dafür sorgen, daß Berlins Gefängnisse nicht – wie bisher – Ausgangspunkt neuer Straftaten bleiben.

Vorsorge sichert die Gesundheit

In Berlin sollen auch nach Aussagen des bisher amtierenden Senats besondere Anstrengungen im Gesundheitswesen unternommen werden. Eine solche Ankündigung ist stets auch ein stillschweigen-des Eingeständnis jahrelanger Versäumnisse und damit eines aufgestauten Nachholbedarf's. Im Eilverfahren soll nun die Sanierung der Krankenhäuser vorangetrieben werden. Hier müssen Fehler in der Planung vermieden werden. Wir werden daher den Bettenbedarfsplan kritisch überprüfen, fortschreiben und dem wirklichen Bedarf anpassen. Dabei kommt es gerade in diesem Bereich darauf an, neben der Frage der Leistungsfähigkeit einzelner Krankenhäuser auch die Frage der Wirtschaftlichkeit zu stellen. Krankenhäuser der Regelversorgung arbeiten kostengünstiger als sogenannte Schwerpunktkrankenanstalten. Zahl und Standort dieser Einrichtungen gilt es daher zu überprüfen.

Krankenhäuser der freigemeinnützigen und privaten Träger arbeiten ebenfalls bei gleicher Leistung in der Regel kostengünstiger als städtische Einrichtungen. Die CDU wird sich nicht scheuen, den jeweils preiswerter arbeitenden Häusern den Vorzug zu geben.

Wenn vom Geld die Rede ist, muß auch darauf hingewiesen werden, daß die durch freigemeinnützige Träger durchgeführte Hauskrankenpflege hilft, Krankenhauskosten einzusparen. Nur allzu oft muß noch der stationäre Aufenthalt aus sozialen Gründen verlängert werden. Durch eine großzügige Förderung der häuslichen Pflege lassen sich nicht nur Kosten einsparen, sondern Menschen können auch in ihrer altgewohnten Umgebung verbleiben.

Wir werden uns ferner für die Errichtung eines Bundesinstitutes für Krankenhausforschung mit Sitz in Berlin einsetzen. Aufgabe eines solchen Instituts wäre die systematische Untersuchung aller infrage kom-

mender Möglichkeiten einer besseren Krankenhausversorgung und einer wirksameren Bekämpfung der Kostensteigerung; einheitliche Grundsätze für die Krankenhaus-Bedarfsplanung und für den Krankenhausbau wären zu erarbeiten.

Besondere Schwerpunkte in der Gesundheitspolitik eines von der CDU geleiteten Senats aber würden die Gesundheitsvorsorge sowie die Wiedereingliederung Kranker und Behinderter sein.

Bisher machen noch viel zu wenige Berliner von der Möglichkeit von Vorsorgeuntersuchungen Gebrauch – sei es aus Unkenntnis, Sorglosigkeit oder falscher Scheu. Die Früherkennung von Krankheiten aber bringt nicht nur frühere und bessere Heilungsaussichten, sondern auch insgesamt geringere Aufwendungen bei der Behandlung mit sich. Den Nutzen haben sowohl der einzelne als auch die Allgemeinheit.

Es gilt daher,

- durch vermehrte, werbende Information Interesse, Einsicht und Bereitschaft zu Vorsorgemaßnahmen zu wecken,
- Vorsorge- und Früherkennungsmaßnahmen auszubauen, insbesondere in bezug auf Schwangerenberatung, Risikogeburten, Stoffwechselstörungen, Kreislauferkrankungen,
- Zentren für Risikogeburten an den großen Frauenkliniken einzurichten,
- eine Herabsetzung der Altersgrenze für Krebs-Vorsorge-Untersuchungen bei Frauen auf 30 Jahre, bei Männern auf 40 Jahre anzustreben.

In vielen Krankenhauseinrichtungen sind die Möglichkeiten für eine ausreichende Rehabilitation noch unzureichend. Ziel der Rehabilitation muß die Wiederherstellung einer optimalen Leistungsfähigkeit von Mitbürgern sein, die durch angeborene Schäden oder Unfallschäden behindert sind. Die Maßnahmen sind also darauf auszurichten, Fähigkeiten und Kräfte des behinderten Menschen zu entfalten und ihm zu einem angemessenen Platz in Gemeinschaft und Beruf zu verhelfen.

Dazu ist es erforderlich,

- die berufliche und medizinische Phase der Rehabilitation eng miteinander zu verzahnen,
- für die miteinander und nebeneinander ablaufende medizinisch-ärztliche und sozial-berufliche Rehabilitation des einzelnen Patienten einen Rehabilitationsplan aufzustellen,
- die Zusammenarbeit zwischen dem behandelnden Arzt, dem Gesundheitsamt und den Berufsberatungsstellen zur Förderung der Ausbildungsmöglichkeiten unter gleichzeitiger Berücksichtigung von Diagnose und Therapie zu verbessern,
- den Beratungsdienst an den Gesundheitsämtern in personeller und organisatorischer Hinsicht auszubauen,
- an geeigneten Krankenhäusern vermehrt Rehabilitations-Abteilungen einzuführen.

Neuer Schwung in die Berliner Verwaltung

Ich möchte diese Informationen für Sie nicht abschließen ohne einen Hinweis auf die Arbeitsmethoden, auf den Stil, mit dem wir dieses Programm in die Tat umsetzen wollen. Die CDU weiß, daß Macht anfällig ist für Mißbrauch und Überheblichkeit und zu Bestechlichkeit, Verfilzung und Bürokratisierung verführen kann. Wir wollen uns in Kenntnis der Versuchung der Macht unzweideutig und kontrollierbar selbst in die Pflicht nehmen.

Es darf keine Kluft zwischen Parlament und Parteien auf der einen und der durch sie repräsentierten Bevölkerung auf der anderen Seite geben. „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“ muß ein in der politischen Tagesarbeit für jedermann jederzeit erkennbarer Grundsatz sein. Die von den Regierenden stellvertretend und auf Zeit verwaltete Macht soll wirksam und zugleich duldsam gegenüber jeder Meinung geübt werden. Das Regieren muß durch Systematik und Weitsicht gekennzeichnet sein. Wir brauchen daher –

nach meiner Auffassung noch mehr als anderswo – gerade in Berlin sinnvolle Planungen. Diese Planungstätigkeit muß langfristig angelegt sein und darf nicht nur bis zum nächsten Wahltag reichen. Sie kann also niemals nur interne Regierungsplanung sein, sondern muß allen demokratischen Kräften, vor allem der Opposition als der möglichen Regierung von morgen, offenliegen. Dies bedeutet auch und vor allem Unter-richtung der Öffentlichkeit und Bereitschaft zum ehr-lichen Dialog. So schützt offene Planung vor unge-rechtfertigten Sonderinteressen, denn Eigennutz war schon immer der Feind sachgerechter kommunaler Entwicklung.

Die Berliner CDU wird nicht in eingefahrenen Wegen der Verwaltung steckenbleiben. Wir begreifen die Pro-bleme der Stadt als eine Herausforderung, die wir engagiert und gleichermaßen systematisch wie flexi-bel aufgreifen müssen. Ich habe an anderer Stelle bereits von der Bildung einer neuen Senatsverwaltung für Stadtplanung und Umweltschutz berichtet. Wir werden also die bisherigen Zuständigkeiten mit ihren unseligen bürokratischen Hemmnissen sprengen und neue Wege gehen, an der Sache. an den Notwendig-keiten sinnvoller Planung orientiert. Unser Ziel ist es dabei, Doppelzuständigkeiten im Berliner Verwaltungsaufbau zu beseitigen. Die Zuständigkeiten für die Berliner Eigenbetriebe wird die CDU wieder in einer Senatsverwaltung zusammenfassen. Entschieden treten wir für die Beibehaltung und Stärkung der bezirklichen Selbstverwaltung ein. Der Bürger hat einen Anspruch auf bürgernahe Verwaltung. Zentral-verwaltungen aber sind Ursache für praxisfremde Entscheidungen vom „grünen Tisch“.

Der Staat, die Verwaltung, dürfen Bürgerinitiative nicht hemmen. Dazu gehört, daß wir Schluß mit jener Ent-wicklung machen, die alle Lebensbereiche des Bürgers gesetzlich umschreiben will. Mit Sicherheit können wir auf viele Gesetze verzichten, andere ver-einfachen. Nur so werden wir unsinnige Bürokratie und den in vielen Lebensbereichen nervenzermürben-

den Formulkrieg beenden können. Eine Verwaltung, die vor lauter Unbeweglichkeit weder ein noch aus weiß, ist für den Bürger ebenso deprimierend wie für den Beamten. Beide können den Sinn dessen, was sie tun sollen oder müssen, nicht mehr erkennen. Schuld ist eine Politik, die den Staat zum Allheilmittel machen will – und damit dem Bürger nimmt, was ein Grundzug seines Wesens ist: Eigeninitiative, Selbsthilfe und Solidariät.

Wir möchten dem Bürger neue Möglichkeiten zu eigenverantwortlichem Tun für die Gemeinschaft geben. So fordert meine Partei, die CDU, seit langem das freiwillige soziale Jahr. Wir möchten diesen Gedanken stärker in die Öffentlichkeit tragen und wer-den den Versuch unternehmen, bei den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege einen entsprechenden Fond zur Finanzierung dieses Dienstes an der Gemeinschaft zu errichten. Ein von der CDU geleiteter Senat wird die gesetzlichen Möglichkeiten zur ehrenamtlichen Mitarbeit im Naturschutzdienst schaffen, in dem geeignete Personen die Natur aktiv schützen und mithelfen, daß die einschlägigen Schutzbestimmungen eingehalten werden.

Wir müssen Berlin wieder zu einer Stadt machen,

- an deren Entwicklung jeder Bürger engagiert ist,
- in der Bürger und Verwaltung nicht gegeneinander, sondern miteinander arbeiten,
- in der die Bürger an den Entscheidungen über ihren unmittelbaren Lebensbereich beteiligt werden,
- deren Bürger auch und gerade in der Nachbarschaft Solidarität mit dem Nächsten üben,
- deren Bürger zunächst zur Selbsthilfe bereit sind, bevor sie nach dem Staat rufen und
- deren Verwaltung nicht durch sinnlosen Zentralis-mus immer weiter vom Bürger entfernt wird.

Die CDU kann das in unserer Stadt erreichen. Dafür braucht sie Ihre Unterstützung.

Die CDU ist die Partei in Berlin, die dem Bürger Frei-heit und Sicherheit, aber auch die Chance zur Verant-wortung bietet.

Die CDU wird den Menschen zum Ausgangspunkt der Berliner Politik zu machen. Sie wird Apparat und Verwaltung in den Dienst des Bürgers stellen.

Die CDU hat das Konzept zur politischen und wirtschaftlichen Sicherung der Stadt.

Die CDU ist entschlossen, die charakteristischen Besonderheiten der Stadt zu schützen und ihre Werte und Eigenarten zu entwickeln.

Die CDU hat die Pläne für neue nationale und europäische Aufgaben der Stadt.

Die CDU ist die einzige Partei, die nicht durch langen Machtbesitz verfilzt und verschlissen ist.

In Berlin steckt die Kraft, nicht nur mit seinen eigenen Problemen fertig zu werden, sondern auch seine Aufgabe als Kristallisationspunkt des nationalen Willens zur Einheit in Freiheit zu erfüllen.

Berlin muß gewinnen!

Herausgeber:
Berliner CDU
Lietzenburger Straße 46
1000 Berlin 30
Telefon 211 60 11

Druck: Enka-Druck
1000 Berlin 41
Telefon 852 40 08